

## Wo stehen wir auf dem Weg zu einem solidarischen Europa?

Ein Ausblick / von Werner Rätz

Nachdem sich der Blockupy-Staub gelegt hat, wird es Zeit, den Blick nach vorn zu richten. Was haben uns diese Erfahrungen gelehrt? Wie kann, wie soll, wie muss es jetzt weitergehen? Welche Rolle soll Attac in diesem Prozess zukünftig spielen?

Vergegenwärtigen wir uns dazu die aktuelle politische Standortbestimmung von Attac. Auf dem Frühjahrsratschlag 2012 hatten wir beschlossen: „Die Aktionstage vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt und eine Kampagne für eine Vermögensabgabe werden den Schwerpunkt der Attac-Aktivitäten in den kommenden Monaten bilden.“ Für die Forderung nach einer Vermögensabgabe wurde ausdrücklich festgehalten, was für Blockupy zu diesem Zeitpunkt als programmatische Orientierung schon feststand: „Diese Forderung muss auch dazu dienen, Attac-Modelle für einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft durchzusetzen.“ In der Folge trat neben die bestehende Bündnisstruktur „Blockupy“ dann bald das neue Bündnis „Umfairteilen“. Obwohl für beide Aktivitäten die gleiche Orientierung galt und gilt, hat der Erfolg beider Bündnisse für Attac eine schwierige Situation geschaffen.

Blockupy war ein Bündnis linker und linksradikaler Organisationen, auch wenn es vielfältige Bemühungen gegeben hatte, es in die bürgerlich-liberale und gewerkschaftliche Linke hinein zu erweitern. Umfairteilen umfasst fast ausschließlich Organisationen aus diesem bei Blockupy fehlenden Spektrum, darunter einige sehr große und einflussreiche wie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband oder Verdi. Das ist durchaus ein Erfolg, haben sich doch gerade die Sozialverbände bisher sehr schwer damit getan, zu Themen der ökonomischen Gerechtigkeit und Umverteilung Stellung zu beziehen oder gar offensiv auf die Straße zu mobilisieren. Nun tun sie es, aber sie tun es selbstverständlich mit ihren eigenen, aus Attac-Sicht oft sehr vorsichtigen Positionen.

Damit haben wir zwei Bündnisse, in denen neben uns nur sehr wenige Organisationen in beiden vertreten sind, die nach politischen Spektren sozusagen spiegelbildlich aufgestellt sind mit uns als Bindeglied. Das gab es auch bei der G8-Mobilisierung 2007 in Heiligendamm schon, dort aber wurde es formal durch eine Art gemeinsamer Koordinierung überdeckt. Heute existieren die beiden Bündnisse formal und real getrennt voneinander. Umfairteilen-Partner haben sich deutlich von Blockupy ferngehalten, aus dem Blockupy-Spektrum kommt klare Kritik an der Parteilastigkeit von Umfairteilen und der geringen Reichweite seiner Forderungen. Auch innerhalb von Attac gibt es beide Kritiken und das könnte sich für uns zur Zerreißprobe entwickeln.

Dabei liegt die mögliche Spaltung ironischerweise in einer Fluchtlinie, die beide Projekte strukturell gemeinsam haben: Beide haben den politischen Schwerpunkt links der Mitte ihres jeweiligen Bündnisses. Bei Umfairteilen liegt er näher bei Attac als bei den eher sozialdemokratisch orientierten Großorganisationen und bei Blockupy liegt er näher bei der Interventionistischen Linken als bei Attac. Beide verschieben damit in ihren jeweiligen Spektren die Mitte nach links. Sollte das beiden weiterhin erfolgreich gelingen, bleibt der Abstand gleich, sollte Umfairteilen diesbezüglich im Bundestagswahljahr 2013 nicht weiterkommen, wird er größer.

Das hängt wesentlich damit zusammen, dass Blockupy – anders als die G8-Mobilisierung 2007 – nicht mit diesem Ziel angetreten war. Hier ging es vielmehr den meisten Organisationen und AktivistInnen darum, eine eigenständige linke Handlungsfähigkeit angesichts der Krise herzustellen. Die sollte schon so breite Teile der Linken einbeziehen, wie sie dazu bereit sein könnten, wollte sich aber bewusst nicht schon von vorneherein durch Kompromisse mit sozialdemokratisch orientierten Großorganisationen lähmen, die nach allen bisherigen Erfahrungen dann letztlich real doch nicht mitziehen würden. Es ging also mehr um ein linkes Kräftesammeln als

um eine Demonstration unserer gesellschaftlichen Breite.

## **Das Krisenregime in den Köpfen**

Die ist ja auch durchaus zweifelhaft. Die Standarderzählung über die sogenannte Eurokrise sitzt tief in den Köpfen der großen Mehrheit der Bevölkerung, die da lautet, diese habe sich nicht etwa aus ihren Vorgängerinnen Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt, sondern sei vom Himmel gefallen, als verantwortungslose Politiker, meist in südlichen Ländern beheimatet, zu viel Geld für das Lotterleben ihrer faulen Bevölkerung zur Verfügung stellten. Die sollten jetzt mal ordentlich sparen und fleißig arbeiten, dann werde wieder alles gut.

Wo das überwiegend von der deutschen Bundesregierung gestaltete europäische Krisenmanagement nicht geteilt wird, leuchtet den Leuten viel eher die rechte Kritik ein als unsere. Schon Schäubles vor wirtschaftlichem Unverstand strotzende Bemerkung über die schwäbische Hausfrau, die ebenso wie der Staat nicht mehr ausgeben könne, als sie einnehme, fand breiteste Zustimmung. Das drückte sich auf erschreckende Weise in der so gut wie nicht stattgefundenen Debatte um die Schuldenbremse im Grundgesetz aus, die ja in einer landesweiten Volksabstimmung in Hessen eindrucksvoll bestätigt wurde. Obwohl nicht nur wir bei Hunderten von Veranstaltungen erklärt haben, dass es kein Raussparen aus der Krise geben kann, verbindet aber genau dieses Rezept Bundesregierung, Troika, Medien, rechte Krisenkritik und die Bevölkerungsmehrheit.

Dieser Befund wird auch nicht dadurch relativiert, dass eher sozialdemokratisch oder grün-sozial orientierte Strömungen eine stärker auf Wachstum orientierte Politik einfordern. Es ist nicht nur ökologisch offensichtlich, dass Wachstum zurückgenommen und nicht verstärkt werden darf. Es ist auch ökonomisch völlig unklar, woher dieses Wachstum kommen soll: Schon zwei Prozent Wachstum bedeuten eine Produktionsverdoppelung in 35, drei Prozent in 23 Jahren. Wer soll das ganze Zeug brauchen? Und dabei reichen drei Prozent für die Überwindung der Krise bei weitem nicht aus. Das wissen auch die Wachstumsfanatiker und fordern deshalb gleichzeitig massives Sparen.

Unterschiede gibt es lediglich in der Frage, wer denn sparen soll. Während das offizielle Krisenmanagement formal sagt, alle müssen beitragen und real die Sozialtats, Arbeitseinkommen und Renten im Blick hat, betonen formelle Sozialstaatsbefürworter die Notwendigkeit einer Einbeziehung der hohen Einkommen und Vermögen, denken da real aber eher an homöopathische Dosen. Rechte Kritik am aktuellen Krisenregime teilt diese sozialpolitische Schieflage, auch wenn sich die Protagonisten öffentlich ebenfalls sozialer darstellen als es ihrer realen Politik entspricht.

Allerdings unterscheiden sie sich tatsächlich vom Mainstream darin, dass sie vor diese klassenmäßige Spaltung noch eine nationale setzen: Das in Deutschland zusammengeraffte Geld soll gefälligst auch in Deutschland bleiben! Dabei bedienen sie sich durchgängig der verbreiteten und ja auch nicht ganz unbegründeten Angst, dass die Währung komplett zusammenbrechen könnte. In Deutschland funktioniert dies speziell über Chiffren wie „Inflation“ oder „Druckerpresse“. Geradezu vorbildhaft ruft die Babenberger Erklärung von Hans-Werner Sinn und anderen diese reaktionären Vorurteile auf: „Schon seit dem Herbst 2007 haben sich die Krisenländer in riesigem Umfang selbst mit der Notenpresse finanziert, was im Verein mit einer Verlagerung der Refinanzierungskredite des Zentralbankensystems einen öffentlichen Kapitalexpert von Deutschland in die Krisenländer bewirkte.“

Auch sie sagen, „wir zahlen nicht für eure Krise“, meinen aber damit, dass „die Deutschen“ nicht für die Krisenfolgen in Griechenland zahlen wollen. Wenn wir sagen „wir zahlen nicht für eure Krise“, dann meinen wir, dass diejenigen, die unter der Krise leiden, die Lohnabhängigen, Erwerbslosen und RentnerInnen, nicht weiter für die Kosten der Krise aufkommen sollen. Zwischen

diesen Positionen kann es keine Gemeinsamkeiten geben.

So war es eher kein Zufall, sondern Ausdruck tatsächlich bestehender unterschiedlicher Krisenverständnisse, dass es nicht einmal angesichts des Totalverbots von Blockupy in Frankfurt einen demokratischen Aufschrei gab. Wenige – wenn auch sehr mutige – Stimmen aus Kirche und Gewerkschaft sowie einige windelweiche Aussagen aus SPD und Grünen war alles, was aus der bürgerlich-liberalen Richtung kam.

### **Wer trägt eine solidarische Bewegung?**

So stellt sich also die Frage, wer denn Akteur sein, wer eine solidarische europäische Antikrisenbewegung tragen könnte. Die rechte Kritik ist ja auch deshalb so plausibel, weil Deutschland vom realen Krisenverlauf durchaus profitiert. Zwar wird das keineswegs auf „die Deutschen“ gleichmäßig verteilt, aber die Exportorientierung exportiert tatsächlich Arbeitslosigkeit und importiert Einkommen. Die Stabilität der Finanzanlagen, die das einzige Ziel des Krisenmanagements ist, kommt nicht nur individuell, sondern auch im staatlichen Standortwettbewerb denen am meisten zugute, die am meisten davon angehäuft haben.

Eine Bewegung, die das ändern will, muss auf die Verlierer schauen. Deshalb wurde Blockupy von vorneherein als gesamteuropäisches Projekt angegangen. Wir sind noch weit davon entfernt, dass es eine gemeinsam agierende europäische Antikrisenbewegung gäbe, aber im Mai 2012 sind wir dem durchaus ein wenig nähergekommen. In den Vorbereitungsprozess waren Gruppen aus Italien, Spanien, Griechenland einbezogen. Vor Ort waren AktivistInnen aus vielen Ländern präsent, die europäische Beteiligung an der Demonstration am 19.5. war unübersehbar.

Die Rezeption der Aktionstage war im europäischen Ausland anders als in Deutschland. Hierzulande wurden wir im Wesentlichen über die Verbotsorgie wahrgenommen. Demokratische Rechte zu verteidigen war und ist richtig, dass dies öffentliche Aufmerksamkeit schuf, ist gut. Gemeinsame Absprachen zu treffen und sie in der Aktion umzusetzen und einzuhalten ist wichtig für den Erfolg und das weitere Vertrauen. Aber Blockupy war nicht als gewaltfreie Bürgerrechtsbewegung angetreten, sondern um deutlich zu machen, dass es in Deutschland Streit um die regierungsamtliche Krisenpolitik und Solidarität mit den davon gebeutelten Menschen in Südeuropa gibt.

Dort ist das durchaus angekommen. Europäische Medien waren in Frankfurt während der Aktionstage sehr präsent, die Berichterstattung deutlich auf die Kritik am Krisenregime ausgerichtet. Der Aktionstag **M12**, der an den Jahrestag der Besetzung der Plaza del Sol in Madrid am 15. Mai 2011 anknüpfte, bezog sich ausdrücklich auf Blockupy. Die Terminierung von Blockupy war genau mit Bezug auf dieses Ereignis erfolgt und am 19. Mai, dem Tag der Demo in Frankfurt, gab es in einigen europäischen Ländern Solidaritätsaktionen. Die Planungen für ein nächstes Blockupy 2013 stellen sich bewusst in diesen Prozess, indem sie endgültige Verabredungen erst nach europäischen Beratungen in Barcelona und Florenz anstreben.

Diese erfreuliche Entwicklung darf aber nicht dazu verleiten, schon so etwas wie eine gesamteuropäische Antikrisenbewegung zu sehen, die gemeinsam und bewusst auf die ja äußerst wirksam geplante Europäische Krisenpolitik antworten oder sie gar aushebeln könnte. Es ist auch noch überhaupt nicht klar, wer denn die Akteure einer solchen Bewegung sein könnten. Das aktuelle Bild ist sehr uneinheitlich. Während in Deutschland die Krisenproteste klein und auf AktivistInnen beschränkt blieben, gab es in einigen Ländern Generalstreiks. Trotzdem haben die SpanierInnen just zu dem Zeitpunkt eine reaktionäre neoliberale Regierung gewählt, als klar war, dass sie unter das EU-Regime fallen würden. In Griechenland gab es eine WählerInnenbewegung nach links, während die von der Troika eingesetzte italienische Regierung breite Zustimmung im

Land erhält.

Überhaupt scheint es, als entwickelten sich auf der Ebene von Parlamenten, Parteien und Regierungen keine wirklichen Alternativen. Das betrifft auch die Kräfte, deren Politik auf diese Ebene zielt, wie Gewerkschaften und andere traditionelle Organisationen. Sie sind kaum irgendwo in der Lage, die Verhältnisse auch nur in Bewegung zu bringen, viel weniger zu verändern. Dynamik entsteht erkennbar nur da, wo neue Akteure das Feld betreten. Das gilt weltweit und es gilt auch, dass sie auftreten. Der arabische Frühling, die StudentInnenbewegung in Chile und Mexiko, Indignados und Occupy sind nur die wichtigsten Beispiele dafür.

### **Blockupy als strategischer Akteur?**

Insofern stellt sich die Frage, ob Blockupy erfolgreicher gewesen wäre, wenn es von einem deutlich breiteren Bündnis getragen worden wäre. Das war ja durchaus gewollt. Wir hatten gehofft, zumindest größere Teile der Gewerkschaften, der Kirchen, des Grünen Umfeldes mit in die Aktionen integrieren zu können, und auch umfassende Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Nach wie vor wäre es wünschenswert, dass sich breitere Kräfte am Krisenprotest, gerade auch am radikalen, beteiligen. Aber was würde das ändern? Es ist offensichtlich, dass es kaum irgendwo in Europa eine Regierungsalternative gibt, die breiten gesellschaftlichen Bündnissen Angebote für eine weniger autoritäre Krisenlösung machen könnte. Was könnte also die Einbeziehung von Kräften, die genau darauf setzen, in die Proteste bewirken?

Wäre angesichts dieser Ausgangslage die Konstellation von Blockupy nicht sogar eine günstige, obwohl sie so nicht gewollt war? Gewollt war das Aktionsbündel. Das sollte unterschiedliche Aktionen, aber auch Bewegungen zusammenfassen und gemeinsam organisieren: klassische Demonstration als die Aktionsform der klassischen Bewegungen seit der Arbeiterbewegung, Ziviler Ungehorsam als die Aktionsform der Neuen Sozialen Bewegungen seit der 60er-Jahre Revolte und Platzbesetzungen und Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes als die Form der neuesten sozialen Bewegungen seit dem arabischen Frühling. Alle Beteiligten sollten sich bewusst aufeinander einlassen und alle Formen gemeinsam verantworten. Von einem „Gesamtkunstwerk“ sprach in polemischer Absicht, aber völlig zutreffend die Versammlungsbehörde in Frankfurt.

Uns schien dieses Konzept nachvollziehbar und überzeugend, aber es führte eben dazu, dass an den Aktionstagen real beteiligt nur Kräfte waren, die links von einer möglichen rot-grünen Regierung standen. Das hätte als Scheitern gelten müssen, wenn man auf eine solche Perspektive gesetzt hätte, und auch, wenn nicht etwas Zweites hinzugekommen wäre. Das Blockupybündnis umfasste nicht nur Kräfte links von SPD- und Grünen-Mainstream, es umfasste die auch so ziemlich alle, soweit sie überhaupt bündnisfähig und -willig sind. Zwar beschränkte sich der Kern derer, die auch praktisch Verantwortung übernahmen, auf wenige Organisationen und Spektren, aber fast alle Strömungen der außerparlamentarischen Linken bezogen sich in der einen oder anderen Weise positiv auf die Aktionstage, beteiligten sich irgendwie, mobilisierten dahin, auch wenn sie an einzelnen Punkten der Verabredungen zum Teil auch scharfe Kritik hatten.

Es war ein solidarisches Verhältnis untereinander, obwohl es in der Vergangenheit viele reale oder vermeintliche Anlässe für Widersprüche und Misstrauen gegeben hatte. Das Bedürfnis, detaillierte Absprachen zu vereinbaren, Konsense sehr genau zu diskutieren und zu definieren, entstand nicht nur aus der Situation relativer Isolierung und offener Repression, sondern auch aus dem Wissen um diese Erfahrungen und Ängste. Die Mühe hat sich offenkundig gelohnt, die Absprachen haben nicht nur gehalten, es ist auch gelungen, Wege zu finden, wie widersprüchliche Strategien und Positionen in der Praxis vereinbar und aushaltbar gemacht werden können.

Das gilt zuallererst für die Frage, die, sobald sie gestellt wird, regelmäßig zur Spaltung führt, die so

genannte Gewaltfrage. Da verlangen die Einen „Gewaltfreiheit“ und meinen Unterschiedliches damit, von Legalität und Anerkennung der staatlichen Ordnung bis zu durchaus berechtigten Fragen der taktischen Klugheit in der Aktion. Die Anderen verteidigen ihr Recht auf Widerstand und die Souveränität der eigenen Entscheidung. Wenn so aus der „Gewalt“ oder der „Gewaltfreiheit“ eine Frage des Prinzips geworden ist, gibt es keine Vermittlung mehr zwischen den Positionen. Aussagen wie „gewaltfrei oder militant, Hauptsache Widerstand“ funktionieren nicht, weil prinzipielle PazifistInnen sie nicht tragen können. Und „keine Gewalt!“ ist auch keine Lösung. Eine solche kann es nur geben, wenn die Grundsatzposition dem Gegenüber zugestanden und eine Verabredung nur für die konkrete Situation gesucht wird. Das haben wir bei Blockupy in sehr genauen Formulierungen gemacht, die keine Zauberformeln sind, die man stets wiederholen könnte, die aber gezeigt haben, dass es durchaus gelingen kann, sich die „Gewaltfrage weder (zu) stellen noch vor ihr zu Kreuze (zu) kriechen“, wie es die AG Georg Büchner 2010 formuliert hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies in einem deutlich breiteren Bündnis nicht gelungen wäre und die z.T. auch in Attac vernehmlichen Unkenrufe, dass Teile des linksradikalen Spektrums keine verlässlichen Partner seien, sich als sich selbst erfüllende Prophezeiung erwiesen hätten.

### **Der Kontext bestimmt die Radikalität**

Attac selbst hat zur Frage seiner Aktionsformen schon 2001 formuliert, wir seien „der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderungen durch die Köpfe der Menschen gehen müssen. Ohne die Emanzipation von ideologischer Bevormundung wird es keine Veränderung geben. Veränderung kann deshalb auch nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen an gesellschaftlicher Bewegung, erreicht werden. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen und zur politischen Isolierung und moralischen Diskreditierung der Bewegung führen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass unsere Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind. Das schließt Aktionen Zivilen Ungehorsams, wie Blockaden und begrenzte Regelverletzungen, nicht aus.“

Dieser Konsens wurde seither nicht mehr in Frage gestellt, er ist aber noch keine Handlungsanleitung für die konkrete Situation. Wie viele Menschen müssen schon vor der gewünschten Veränderung mitmachen? Wann führt eine Aktion, die noch nicht mehrheitsfähig ist, zu politischer Isolierung? Was genau ist Ziviler Ungehorsam oder wie weit dürfen Regeln überschritten werden? Über all diese Fragen hat es immer wieder Streit gegeben und eine Antwort kann nur aus den jeweiligen Umständen heraus erfolgen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch Positionen politische Isolierung bewirken können, die nichts mit Ungehorsam oder Aktionsformen zu tun haben. Wir waren auch isoliert, als wir uns 2000 gegen die Riesterreute gestellt haben oder zu Beginn der Auseinandersetzung um das GATS. Und umgekehrt kann es sein, dass eine auf den ersten Blick radikale Aktion gerade die Voraussetzung ist, um ins öffentliche Bewusstsein vorzudringen und deutlich zu machen, dass es um ein Thema Streit gibt. Genau das war die Analyse, die wir im damaligen Attac-Schwerpunkt *genug für alle* im Laufe des Jahres 2004 angestellt haben.

Das war die Anfangszeit der Agenda 2010 und der Höhepunkt des Schröderschen „Es gibt keine Alternative“. Eine ganz Große Koalition aller Bundestagsparteien stand hinter dieser Aussage. Der Aufbruch des Jahreswechsels 2003 mit der Hunderttausend-Menschen-Demonstration in Berlin am 1. November und der DGB-Demos mit einer halben Million am 3. April 2004 hatte nichts geändert und auch die Montagsdemos sollten leerlaufen. Gegen die Phalanx der öffentlichen Meinung kamen wir damals zu der Einschätzung, dass es notwendig ist, dass die Menschen anfangen, sich das zu holen, was ihnen zusteht, wenn sie denn eine Chance haben sollten, dass sie's kriegen. Konkrete Ideen hatten wir kaum dafür, aber ein Wort: Aneignung.

Unser erster Aufruf zielte auf die Wiedergewinnung des für die Pflegeversicherung abgeschafften Feiertages Buß- und Betttag. Darin hieß es: „Überall wo es möglich ist, sollte (im Sinne der Wiederaneignung) dieser Tag nicht mit Erwerbsarbeit, sondern mit politischer Aktion verbracht werden: In und um Parteibüros, Banken, Ämtern, Rathäusern und wo sonst Verantwortliche für Sozialabbau zu treffen sind. Wo überall es möglich ist, sollen zeitgleich Betriebsversammlungen oder ‚Betriebsausflüge‘ an solche Orte organisiert werden. Es geht darum, eine neue Qualität von Protest und Entschlossenheit zu demonstrieren, die nachdrücklicher wirkt als Infostand oder Kundgebung an einem Samstag auf einem beliebigen Marktplatz.“

Wir sind damit ziemlich weitgehend ohne Resonanz geblieben. Aber die Linie provokante Aktionsformen zum Durchbrechen einer unserer Einschätzung nach nur scheinbar hermetischen öffentlichen Meinung ist geblieben. Beim G8-Gipfel 2007 führte sie mit Block-G8 zu einem ersten sichtbaren Erfolg. Diese Aktion war Vorbild und Mutmacherin für zahlreiche folgende Blockaden, die sich in der Regel gegen rechtsradikale Aufmärsche, aber auch gegen das Wiederaufleben des Atomprogramms richteten. Dabei sind die Unterschiede zu beachten. Beim G8 gab es zu Beginn keine gesellschaftliche Mehrheit für unseren Protest und seine Formen; wir mussten sie erst herstellen und es ist uns gelungen. Beim Atomprogramm gab es eine Mehrheit für unsere Position, aber das Thema schien nach dem „Ausstieg“ befriedet und der Zivile Ungehorsam überflüssig, bis der Ausstieg aus dem Ausstieg kam. Gegen die Rechtsradikalen gab es weitgehenden gesellschaftlichen Konsens, aber Blockaden als Form waren anfangs heftig umstritten und konnten sich nur nach und nach Akzeptanz verschaffen.

Mit dieser Erfahrung im Rücken fanden wir den Vorschlag einiger AktivistInnen aus der Dresden-Mobilisierung richtig, eine Übertragung auf die wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzung erneut zu versuchen. Der Aufruf der Aktionsgruppe Georg Büchner zu einer Blockade des Frankfurter Bankenviertels wurde 2010 von zahlreichen Attac-Aktiven mitgetragen. Die Aktion kam nicht zustande, vor allem deshalb nicht, weil sie sich selbst viel zu hohe Ansprüche gesetzt hatte. Es war geplant, an einem Werktag das gesamte Viertel effektiv zu blockieren und die Arbeit zu verhindern. Dazu hätte es vieler Tausend Menschen bedurft, was dann als unerreichbar eingeschätzt wurde.

Blockupy hat daraus gelernt und sehr bewusst die Anforderungen niedriger gehängt und das politische Ziel geschärft. Es ging „nur“ noch um die Blockade einer einzigen Einrichtung und die war mit der EZB so ausgesucht, dass sie das europäische Krisenregime angriff und nicht abstrakt „die Banken“ oder „das Finanzkapital“. Mit Frankfurt als Aktionsort wurde nicht nur inhaltlich Solidarität aus Deutschland mit den Krisenländern aufgerufen, sondern auch die Konsequenz einer bitteren Aktionserfahrung im europäischen Rahmen gezogen: Der Versuch einer Blockade des Natogipfels 2009 in Straßburg blieb vor allem deshalb kümmerlich, weil sich die beteiligten französischen AktivistInnen unter Zivilem Ungehorsam in diesem Zusammenhang gar nichts vorstellen konnten.

Obwohl bei Blockupy also Fehler reflektiert und Probleme erkannt wurden und die Richtung stimmt, bleiben mehrere Umstände bestehen, die eine starke Bewegung gegen das Krisenmanagement der EU schwierig machen. Europäisch gesehen wurden unterschiedliche Dynamiken, mangelnde Kooperationspraxis und verschiedene Protestkultur benannt. In Deutschland ist ein weiterer Punkt ausschlaggebend.

Breite Proteste auch mit radikalen Formen sind hierzulande grundsätzlich mehrheitsfähig, sei es wie im Anti-AKW-Bereich so, dass wenige blockieren oder schottern und viele das gut finden, oder wie in Stuttgart 21 so, dass sehr viele selbst ungehorsam werden, oder wie bei der Abwehr der Rechten eine Mischung daraus. Beim Atomprogramm, dem neuen Bahnhof, den Nazidemos ist es klar, dass das Thema radikal gebrochen ist, dass es ein Entweder-Oder gibt. Bisher ist es nicht gelungen, diese

Einsicht auf das wirtschaftspolitische Feld zu übertragen.

Die Aufgabe ist also deutlich: Es kommt erstens darauf an, Forderungen aufzustellen, die nicht nur in Einzelaspekten, sondern auch ökonomisch und gesellschaftlich eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen darstellen; das tun wir und andere seit Jahren, und auch *Umfair*teilen ist ein Rahmen dafür. Es kommt zweitens darauf an, Aktionsformen zu entwickeln, die die Hoffnung bieten, auch die Kraft zur Durchsetzungsfähigkeit zu erreichen; das kann in Deutschland der Zivile Ungehorsam sein und wir arbeiten seit der Aneignungsdebatte daran. Es kommt drittens darauf an, Formen, Inhalte und Forderungen so zu verbinden, dass sie auch im wirtschaftspolitischen Feld funktionieren; da haben wir Defizite, aber Blockupy war ein Fortschritt. Also viertens: Auf zum nächsten Blockupy!